

Wir hatten keine Wahl

von

Heiner Flassbeck

WuM, Oktober 2005

Das deutsche Volk hat gewählt, doch es hat nicht entschieden. Wie auch immer die Verhandlungen zur Bildung einer Regierung in den nächsten Wochen verlaufen, das Signal, das von dieser Wahl ausging, wird sich in der Regierungsbildung nicht niederschlagen. Jenseits aller Parteivorlieben gibt es in meinen Augen nur eine einzige klare Botschaft dieser Wahl: Wir wollen weder das Eine noch das Andere.

Das ist zugleich auch das Tröstliche, das in dieser Wahl liegt. Das Volk wurde gefragt, ob es lieber den „Reformkurs“ Schröderscher Prägung oder doch lieber den von der Art Merkel-Kirchhof wolle. Es hat mit dem schwächsten Ergebnis, das die beiden „Volksparteien“ je zusammen erzielt haben sowie mit der Ablehnung von Schwarz-Gelb und Rot-Grün gleichermaßen in beeindruckender Klarheit zum Ausdruck gebracht „Nein, danke, wir wollen eigentlich keins von beiden“.

Würde unsere Demokratie wirklich funktionieren, wäre das nun genau der Zeitpunkt, wo die großen Parteien, die am Ende die Regierung ja doch tragen müssen, ihre Wahlprogramme schlicht in den Papierkorb werfen sollten. Vorgelegt und vom Souverän abgelehnt, da ist eben nichts zu machen.

Weitblickende Politiker würden nun ein paar Tage in Urlaub gehen und danach die klügsten Köpfe der Republik zusammenrufen, um von ihnen das Wahlergebnis aus möglichst vielen Perspektiven beleuchten zu lassen. Aus diesem Wust an Informationen würden sie ein Regierungsprogramm destillieren, das eine möglichst geringe Schnittmenge mit den vorliegenden und vom Wähler eindeutig abgelehnten Wahlprogrammen der beiden nicht mehr zur Verfügung stehenden Farbkombinationen hat.

Was würden die klugen Köpfe der Republik herausfinden? Nun, im Bereich Wirtschaft würden sie vielleicht feststellen, dass die Menschen das von den Medien und den Interessenverbänden bis zum Exzess aufgebauchte Gerede von den „Reformen“ einfach nicht mehr hören wollen. Einige kluge Köpfe würden argumentieren, dass sehr viele Bürger inzwischen verstanden haben, dass der Abbau des Sozialstaates, der seit 25 Jahren mit diesen Reformen regelmäßig gemeint ist, mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit gar nichts zu tun hat.

In der Diskussion mit den klugen Köpfen würde man wahrscheinlich herausfinden, dass sich immer weniger Menschen für dumm verkaufen lassen und stattdessen ihren gesunden Menschenverstand gebrauchen. Solche Menschen glauben vielleicht das Geschwätz von der mangelnden internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht mehr angesichts der Tatsache, dass die gleiche Wirtschaft überall auf der Welt immense Erfolge feiert. Andere fühlen sich womöglich permanent veralbert (verarscht wäre wohl richtiger), wenn Politiker, Kommentatoren und Wirtschaftslobbyisten ihnen versuchen einzureden, sie

konsumierten nicht genug, obwohl die gleichen Politiker dafür waren, dass ihre Löhne gekürzt wurden, ohne zugleich Neueinstellungen von den Arbeitgebern zu verlangen.

Es mag auch sein, dass der ein oder andere Bürger nicht mehr versteht, warum man dauernd die Steuern senken muss, obwohl der Staat hoch verschuldet ist, obwohl Schulen und Universitäten dringend zu renovieren wären, obwohl die Krankenhäuser unter Personalmangel leiden und für die gesamte öffentliche Infrastruktur eigentlich wesentlich mehr Geld gebraucht würde. Manch einer hat sich offenbar sogar gefragt, warum die Politiker immer nur über die Vereinfachung des Steuerrechts reden, statt über die Wirkungen, die das auf sein eigenes Einkommen und das der anderen hat. Wer weiter nachdenkt, hat auch herausgefunden, dass die zum Wundermittel hochstilisierte Vereinfachung der Steuersätze überhaupt nichts zu tun hat mit der unvermeidlich komplizierten Frage, welchen Gewinn ein Haushalt oder ein Unternehmen am Ende eines Jahres wirklich gemacht hat, wenn man die Belastungen, die mit der Erzielung des Einkommens verbunden waren, angemessen berücksichtigt.

Schließlich werden nicht nur direkt von Arbeitslosigkeit Betroffene gefragt haben, was das berühmte Forderung der Arbeitslosen wie bei Hartz IV oder die Diskussion um den Abbau des Kündigungsschutzes bringt, wenn gleichzeitig viel zu wenige Jobs angeboten werden für die vielen, die wirklich verzweifelt nach Arbeit suchen. Auch mag mancher, der mit Interesse die Rentendebatte verfolgt, die Frage stellen, warum so viele Politiker bei steigender Arbeitslosigkeit vorschlagen, das Renteneintrittsalter deutlich zu erhöhen, obwohl doch die Absenkung dieser Grenze auf weit unter sechzig eine direkte Folge der hohen Arbeitslosigkeit war.

Es gäbe jede Menge anderer Beispiele dafür, wo und wie der politische Zeitgeist mit dem gesunden Menschenverstand kollidiert. Das wurde bisher von unseren Politiker souverän ignoriert. Nun hat ihnen der Wähler ihre eigenen Vorurteile um die Ohren gehauen. Zwar ist zunächst noch keine Besserung in Sicht. Statt über die falschen Inhalte wird die deutsche Politik wochenlang darüber feilschen, wie man die falschen Inhalte ihrer Wahlprogramme so mischt, dass möglichst viel vom Zeitgeist überlebt.

Die Generalüberholung der Programme der großen Parteien ist aber nur verschoben. Bei dauernder Erfolglosigkeit in wirtschaftlichen Fragen werden die Ohrfeigen des Souveräns heftiger werden und schließlich zu einem vollständigen Verlust der Dominanz der großen Parteien führen. Eine Zersplitterung der Parteienlandschaft mit alle politischen Instabilitäten, die das nach sich zieht, ist unumgänglich, wenn die Volksparteien nicht radikal Abschied nehmen von ihren alten Ideologien. Sie müssen sich endlich wieder auf den gesunden Menschenverstand besinnen statt den Ideologen und Einflüsterungen der Lobbyisten, der Bürgerkonvente, der „Initiativen“ zur Rettung der Marktwirtschaft und anderer Interessenverbände zu folgen.

Die Wahl, die keine war, bietet auch eine historische Chance. Die Chance eines grundlegenden Neuanfangs nämlich. Die Chance auf einen wirklichen Wettbewerb der Parteien und der Ideen. Wenn die erste Bundestagsdebatte läuft, bei der man als interessierter Bürger wieder gerne zuhört, weil man etwas über Inhalte von Politik lernen kann, statt zu lernen, wie man andere am effektivsten beschimpft, geht es aufwärts im Land. Noch ist es nicht so weit. Die Zeichen an der Wand aber sind klarer denn je.